

Gemischte Reaktionen auf die SP-Vorschläge für eine neue Unternehmenssteuerreform **SEITE 14**

Lehrerverband propagiert freiwillige Aufgabenhilfe als Alternative zu den «Ufzgi» zu Hause **SEITE 15**

# Grüne Politik zündet wieder

Kantonsratswahlen in der Waadt werden nach den jüngsten Erfolgen zum Prüfstein

Bei den Wahlen 2015 mussten sie noch untendurch, doch jetzt stehen sie auf der Siegerseite: Die Grünen profitieren von der politischen Grosswetterlage – und von Donald Trump.

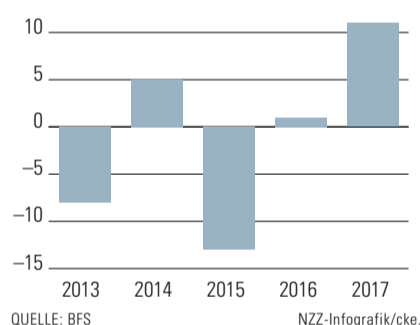
SIMON HEHLI

Es war hartes Brot, das die Grünen essen mussten: Bei den nationalen Wahlen 2015 gehörten sie zu den Geschlagenen und verloren im Nationalrat vier von elf Sitzen, auch ein Ständeratsmandat ging verlustig. Es war dies die Fortsetzung einer schwarzen Serie von Pleiten in den kantonalen Wahlen der vorangegangenen Monate (siehe Grafik). Im Jahr 2016 ging es vorerst nicht viel besser weiter, die GPS steckte noch im Herbst in der Krise – auch weil der ohnehin schon dürrig ausgestattete Parteiapparat wegen der tieferen Fraktionsbeiträge unter Geldmangel litt.

Doch nun macht es den Anschein, als hätten die Grünen erstaunlich schnell zurück auf die Erfolgsspur gefunden. In Freiburg gewannen sie im November drei Sitze im Kantonsparlament hinzu, in diesem Jahr triumphierten sie im Wallis (plus sechs Sitze, wobei sie auch von einem neuen Wahlsystem profitierten, das den kleinen Parteien zugutekam) und in Neuenburg (plus fünf Sitze). Unter dem Strich ergibt das in der laufenden Legislatur zwölf Sitzgewinne in kantonalen Wahlen, wodurch die Grü-

## Grünes Auf und Ab

Sitzverluste und -gewinne der GPS bei kantonalen Wahlen 2013 bis 2017



Mit Zündholzschachteln wirbt die Grüne Partei in Zürich für die Nationalratswahlen 2015.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

nen knapp hinter dem Freisinn die zweiterfolgreichste Partei sind.

Zudem gelangen der Partei 2017 auch bei Exekutivwahlen überraschende Siege. So in der Stadt Bern, die im Januar mit Alec von Graffenried den ersten grünen «Stapi» erhalten hat. Oder im Kanton Solothurn, wo am Sonntag Brigit Wyss bei der Stichwahl für den Regierungsrat die freisinnige Herausforderin deutlich distanzierte.

## Umfrage sieht Grüne vorne

Ins Bild passt, dass die Grünen laut der neusten Umfrage von GfS Bern die Partei mit dem besten Formstand sind. Im Vergleich zu den Wahlen würden sie derzeit 1,7 Prozentpunkte zulegen und kämen mit 8,8 Prozent in die Nähe ihres Rekordergebnisses von 2007, als sie 9,6

Prozent erreichten. So weit die Bestandaufnahme. Komplexer ist es, die Gründe für das grüne Hoch zu benennen. Es dürfte ein Mix aus verschiedenen Faktoren sein, der den Grünen derzeit in die Karten spielt.

Da ist erstens die politische Themenkonjunktur, die für die GPS günstiger ist als im Wahlkampf 2015, als Wirtschafts- und Migrationspolitik im Vordergrund standen. Derzeit ist die Ökologie wieder hoch im Kurs. Mit ihrer Atomausstieginitiative erzielten die Grünen im November mit gut 46 Prozent Ja-Anteil einen Achtungserfolg. Und im Mai folgt die Abstimmung über die Energiegewende. Zweitens ist die Ökobewegung gerade in der Romandie – dort resultierten die bisherigen Sitzgewinne – im Aufschwung. Zwar ist der westliche Landesteil schon lange eine grüne Bastion.

Doch dass Nachhaltigkeitstrends wie Bio oder lokale Nahrungsproduktion verstärkt aus der Deutschschweiz herüberschwappen, schafft für die Grünen zusätzlich ein günstiges gesellschaftliches Umfeld.

Drittens ist es ein öfter zu beobachtendes Phänomen, dass in der Folge von – für schweizerische Verhältnisse – grösseren Umwälzungen auf nationaler Ebene einige Monate später ein Gegenteil einsetzt. Nach dem Wahlsieg von FDP und SVP, die sich auch die Mehrheit im Bundesrat zurückeroberten konnten, ist derzeit das gesamte rot-grüne Lager elektoral gut unterwegs, auch die SP verspürt Aufwind – dies vor allem auf Kosten der konservativen Parteien SVP und CVP. Bisheriger Kulminationspunkt dieser Entwicklung war das erfolgreiche linke Referendum gegen die von allen

Mitte- und Rechtsparteien unterstützte Unternehmenssteuerreform III.

## «Bollwerk gegen Populismus»

Grünen-Präsidentin Regula Rytz glaubt, dass auch die internationale Entwicklung ihrer Partei nütze. Sie konstatiert eine «Repolitisierung» der Bevölkerung. «Die Wahl von Donald Trump hat auch hierzulande vielen Menschen die Augen geöffnet und gezeigt, dass viele Errungenschaften, die wir für selbstverständlich nahmen, in Gefahr sind.» Die Grünen seien ein «Bollwerk gegen den Rechtspopulismus», sagt die Berner Nationalrätin. «Wir müssen die Demokratie, die Bürgerrechte, den Klimaschutz und den sozialen Ausgleich aktiv verteidigen – in solchen Zeiten sind Parteien mit klaren Positionen wie die Grünen gefragt, nicht die unverbindliche Mitte.»

Rytz zeigt sich optimistisch, dass die Schönwetterphase für ihre Partei anhalten werde. Die Grünen konnten ihre Mitgliederzahl seit Ende 2014 um sechs Prozent steigern. Wichtige altgediente Grüne wie Josef Lang, Brigit Wyss oder Ueli Leuenberger seien in veränderten Rollen immer noch aktiv, gleichzeitig komme die Erneuerung gut voran, sagt Rytz. Und verweist auf die «sehr aktiven» jungen Grünen: Diese haben die Unterschriften für ihre Initiative gegen die Zersiedelung zusammengebracht und vor kurzem zusammen mit der GSoA ein Volksbegehren gegen Kriegsgeschäfte lanciert.

## Nagelprobe in der Waadt

Kürzlich startete die Partei auch die «Grüne Debatte», die Lösungen bringen soll für die Herausforderungen der Zukunft wie Globalisierung und Digitalisierung. «Wir möchten über diese Themen mit unserer Basis und Sympathisanten diskutieren», sagt Rytz, «daraus können Projekte wie ein neuer Vorstoss für ein garantiertes Grundeinkommen oder die Stärkung des fairen Handels entstehen.»

Doch vorerst stehen noch die Wahlen in der Waadt vom kommenden Sonntag an. Im grössten Westschweizer Kanton, wo die Grünen 2012 eine schmerzhaft Niederlage erlitten, wird sich zeigen, wie stabil das Hoch der Partei ist.

# Es blühen Zustände wie in der Landwirtschaft

Die Energiekommission des Nationalrats diskutiert über Subventionen für Stromkonzerne

CHRISTOF FORSTER, BERN

Das Lobbying der Stromkonzerne ist nach allen Regeln der Kunst aufgezo-gen. Die von den Stromkonzernen Axpo und Alpiq geforderte Unterstützung kommt unter dem unverdächtigen Label «befristete Grundversorgungsprämie für die Wasserkraft» daher. Das tönt sympathischer als Subventionen. Es verschleiern auch die Tatsache, dass die Gelder in erster Linie die Situation der notleidenden Stromkonzerne entschärfen sollen. Patrick Dümmler von Avenir Suisse spricht von einem Etikettenschwindel. Es gehe nicht um die Wasserkraft, sondern darum, die Liquidität dieser Unternehmen sicherzustellen.

Bezahlen müssten die «Prämie» die privaten Stromkonsumenten und die KMU, für die der Strommarkt noch nicht liberalisiert ist. Grosskunden wären von der Abgabe ausgenommen. Laut einem Papier, das Alpiq, Axpo und vier weitere Unternehmen den Mitgliedern der nationalrätlichen Energiekommission verschickt haben, soll der Zu-

schlag 1,6 bis 1,8 Rappen pro Kilowattstunde betragen. Die Stromkonzerne erhielten so jährlich insgesamt 500 Millionen Franken.

Die Unternehmen sind offenbar darauf angewiesen, dass die Politik die Finanzspritze schnell beschliesst. Die «Prämie» bezeichnen sie jedenfalls als «Sofortmassnahme», die es «rasch» einzuführen gelte. Die Konzerne leiden unter den tiefen Strompreisen. Akzentuiert werden die Probleme durch Managementfehler. Dazu gehören Fehl-investitionen in unrentable fossile Kraftwerke im Ausland.

## Es geht nicht allen schlecht

Ein weiterer Schwachpunkt der Forderung der Stromkonzerne besteht darin, dass die Subventionen der Wasserkraft generell zugutekommen sollen. «Dabei geht es längst nicht allen Wasserkraftwerken schlecht», sagt Dümmler. Werke, die den gebundenen Kunden Strom lieferten, könnten ihre Produktion zu den Gestehungskosten verkaufen und

machten deshalb per se keinen Verlust. Laut einer ETH-Studie aus dem Jahr 2014 produzieren Flusskraftwerke im Schnitt am günstigsten. Pumpspeicherwerke am teuersten. «Damit die Branche Subventionen erhält, will sie den Sonderfall verallgemeinern», sagt der Energieexperte von Avenir Suisse. Dies gehe in Richtung von Zuständen wie in der Landwirtschaft.

Dümmler zieht die Inkaufnahme von Konkursen verzerrenden Subventionen vor. Dies würde die Möglichkeit zum Neustart bieten. Subventionen hingegen seien das falsche Signal, weil damit Druck von den Firmen weggenommen würde. Bei Alpiq würden überdies nicht nur die öffentliche Hand, sondern private Aktionäre von den Subventionen profitieren.

Befürworter einer staatlichen Rettung von Stromkonzernen argumentieren hingegen, ein solcher Schritt käme unter dem Strich günstiger als ein Konkurs. Laut SP-Nationalrat Roger Nordmann würden bei einer Pleite von Alpiq oder Axpo deren Atomkraftwerke zu

einem grossen Problem. Er rechnet damit, dass es in einem solchen Szenario zu einer Verstaatlichung der AKW käme. Damit wären die Zahlungen in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds sichergestellt. Bei der Wasserkraft sieht Nordmann das kleinste Problem, da diese Werke verkauft werden könnten.

## Erster Test

Ob ein Konkurs unter dem Strich teurer kommt als Subventionen, sei schwierig abzuschätzen, sagt Dümmler. Das grösste Risiko sei ein Dominoeffekt. Unter den Unternehmen gibt es gegenseitige Abhängigkeiten. So wird in der Branche über Verträge spekuliert, wonach im Notfall eine Firma Anteile des konkurrierenden Unternehmens übernehmen müsste. Wie viele solcher Verträge existieren, ist jedoch nicht öffentlich bekannt.

Wenn es nicht ohne staatliche Rettung geht, dann ist laut Dümmler ein Fonds Subventionen vorzuziehen. An diesem sollen sich die Kantone und nicht der Bund beteiligen, da diese jahr-

zehntelang von den üppigen Gewinnen profitierten. In eine ähnliche Richtung hat sich vergangene Woche Urs Gasche, BDP-Nationalrat und Verwaltungsratspräsident des Stromkonzerns BKW, in diversen Medien geäussert. Die Forderungen von Axpo und Alpiq lehnt die BKW hingegen ab.

In einer zweiten Etappe nach den «Sofortmassnahmen» sehen die Vorschläge von Axpo und Co. die Besteuerung von ausländischem Dreckstrom mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe vor. Dies töne zwar gut, heisst es dazu in der Branche. Doch damit würde keine einzige Tonne CO<sub>2</sub> eingespart.

Am Montag hat sich die Energiekommission des Nationalrats die Forderungen der Branche angehört. Entscheidung hat sie noch keine getroffen. Am Dienstag behandelt die Kommission einen Vorstoss von SVP-Präsident Albert Rösti, der zusätzliche Subventionen für die Wasserkraft fordert. Dies wird ein Test dafür sein, wie die Forderungen der Strombranche im Nationalrat ankommen.